Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstelle, nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg od. sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 10 — 92. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Donnerstag, den 12. Januar 1933

Militär und Diplomatie.

Wir haben in Deutschland ein heftiges Mißtrauen gegen fremde Offiziere, die sich irgendwie offiziell in Deutschland aufhalten. Noch sind die Taten der Interalliierten Kontrollkommissionen nicht vergessen, auch manches taktlose Verhalten fremdländischer Offiziere wie etwa in Königsberg hat nicht gerade dafür gesorgt, daß wir derartige Besuche bei uns übermäßig herzlich willkommen heißen.

Wenn jetzt deutscherseits angekündigt wurde, daß auch von Deutschland die Ernennung von Militärattachés für eine Reihe europäischer Staaten vorgesehen ist und vorbereitet wird, so wird sich daraus für die Offiziere, die zu einer solchen militärisch-diplomatischen Mission bestimmt werden und dann auch die Zustimmung des betreffenden Staates haben müssen, vielfach ganz eigenartige Situationen ergeben. Beliebt ist solch ein Militärattaché ganz bestimmt nicht; denn man traut ihm zu, daß er sozusagen berufsmäßig sich mit Dingen beschäftigen soll und will, die militärischer Natur sind, dem „Interesse der Landesverteidigung" auch dann dienen, wenn sie die großartigsten Angriffsmittel sind, und die auf alle Fälle den fremden Militärattachés nicht gerade auf dem Präsentierteller hingestellt werden „zur gefälligen Kenntnisnahme". Das alles war schon vor dem Kriege so, und gar mancher Militärattaché zog sich ebenso unbemerkt wie eilends in seine Heimat zurück, wenn herausgekommen war, daß er etwas — herausgekriegt hatte, was man vor seinen Augen zu verstecken eifrig bemüht war.

Zwischen den Mächten, die sich in der Kriegs- und dann lange Zeit hindurch während der Nachkriegszeit feindselig oder mißtrauisch gegenüberstanden, wo also auch heute noch ein offenes oder verstecktes Mißtrauen besteht, sind derartige Militärattachés natürlich Gegenstand ganz besonders „liebevoller" Aufmerksamkeit. Darum müssen auch die hierfür ausgewählten Persönlichkeiten ein womöglich noch feineres „politisches Fingerspitzengefühl" besitzen als der für nichtmilitärische Zwecke bestimmte Botschafter oder Generalkonsul. Bei uns in Deutschland sind solche Offiziere fremder Mächte bereits seit längerer Zeit stationiert und sie haben so z. B. bei den Manövern der Reichswehr ausgiebige Gelegenheit, die militärischen Tankattrappen zu besichtigen! Andere „Geheimnisse" sind in dem militärisch verkrüppelten Deutschland ja nicht zu finden.

Der Wunsch des Reichswehrministers, das Institut der Militärattachés wieder zu schaffen, ist in Frankreich sofort auf einige Unfreundlichkeiten gestoßen; doch ist offiziell in Paris noch nicht Stellung genommen. In London hat man nichts einzuwenden und in den anderen Hauptstädten — bisher ist noch Rom, Moskau, Washington vorgesehen — wird die Aufnahme der deutschen Offiziere um einige Grade wärmer sein.

Daß für solche Stellen immer nur ganz besonders befähigte Offiziere herausgesucht werden, ist natürlich für alle Staaten eine Selbstverständlichkeit. So mancher von ihnen hat es dann später zu hohem militärischem Range gebracht, und wenn z. B. der frühere türkische Militärattaché in Berlin, Enver, beim Ausbruch des Weltkrieges uns erst die Neutralität und dann die Waffenhilfe seines Landes verschafft hat, mag nicht zuletzt seine Ursache in den engen, auch politischen Beziehungen zu Deutschland gehabt haben, die er in seinem Aufstieg zur höchsten Macht in der Türkei stets weitergepflogen hat. In einem ganz anderen, heute noch nicht restlos geklärten Zusammenhang mit der Geschichte steht aber auch ein deutscher Militärattaché; es war der damalige Major v. Schwarzkoppen, der in der wohl berühmtesten französischen „Affäre", nämlich der um Dreyfuß, eine gewisse Rolle spielte, die recht charakteristisch für die nicht gerade einfache, bisweilen sehr wichtige Stellung, in der ein Militärattaché zu stehen hat, zum Wohle, aber mitunter auch zum — Wehe seiner Heimat und seines Volkes.

Militärattachés.

Frankreichs Gleichberechtigungsangst.

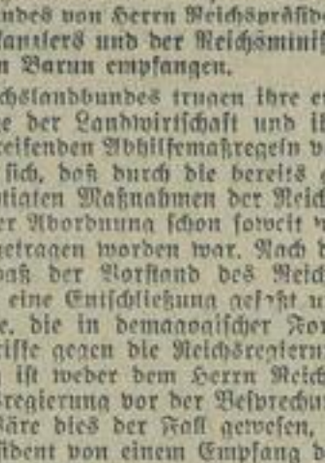
Die Ernennung von deutschen Militärattachés in den großen europäischen Hauptstädten hat in Paris naturgemäß zu einem Vorstoß gegen diesen Schritt deutschen Gleichberechtigungsstrebens geführt. So behauptet ein wegen seiner Deutschfeindlichkeit bekanntes Blatt, der Plan stehe im vollen Widerspruch zum Artikel 179 des Versailler Vertrages, nach dem Deutschland sich verpflichtet habe, in keinem anderen Staat eine „Militär-, Flotten- oder Fliegermission" zu „akkreditieren".

Der Ausdruck „akkreditiert" lasse keinen Zweifel zu, solange Teil 8 des Vertrages weiterbestehe. Nur im Rahmen der künftigen allgemeinen Abrüstungskonvention könne eine Änderung erfolgen. Im übrigen genüge es nicht, Militärattachés zu ernennen; sie müßten „akkreditiert" werden, damit sie sich an den Ort ihrer Tätigkeit begeben könnten. Die betreffenden Regierungen müßten also ihre Zustimmungen erteilen. Die Unterzeichner des Versailler Vertrages würden also in dieser Angelegenheit der Gleichberechtigung ein Wort mitzureden haben.

Dazu ist zu bemerken, daß die Entsendung von Militärattachés zu deutschen diplomatischen Missionen im Auslande nichts mit den militärischen Bestimmungen des Versailler Diktats zu tun hat.

Verboten ist uns durch diese lediglich die Unterhaltung von Militärmissionen, wie sie vor dem Kriege z. B. in einigen südamerikanischen Staaten und in der Türkei bestanden. Diese Militärmissionen wurden zur Organisation und Ausbildung fremder Heere herangezogen und sind uns seit Kriegsende verboten. Militärattachés aber sind Mitglieder der diplomatischen Auslandsvertretungen und haben mit dem Heer des Staates, für den sie ernannt sind, nichts zu tun. Über die Frage der Militärattachés war im Versailler Vertrag nur bestimmt, daß Deutschland die Bestellung ausländischer Militärattachés bei sich auf jeden Fall zulassen müsse, während die Zulassung seiner eigenen Militärattachés in den fremden Staaten von deren gutem Willen abhing. Es ist anzunehmen, daß vor der Ernennung der deutschen Militärattachés Verhandlungen mit den betreffenden Staaten stattgefunden haben, die ihre Zulassung, ihr Agrément, nicht mehr in Frage stellen.

Über die Besetzung der Militär- und Marineattachéposten wird noch folgendes bekannt: Zum Marineattaché bei der deutschen Botschaft in London wird Kapitän z. S. Waßner ernannt, der seinen Posten am 1. April antritt. Der Posten des Marineattachés bei der deutschen Botschaft in Paris wird am 1. April durch Korvettenkapitän Wever besetzt werden. Marineattaché bei der deutschen Botschaft in Rom wird Korvettenkapitän Lovcke. Er tritt seinen Posten am 1. April an. Zum Militärattaché bei der deutschen Gesandtschaft in Warschau wird voraussichtlich Oberst Schindler, zur Zeit Kommandeur des 19. bayerischen Infanterieregiments in München, ernannt werden. Wie weiter verlautet, wird der Posten eines deutschen Marineattachés in Washington am 1. Oktober besetzt werden. Gleichfalls zum 1. Oktober sollen deutsche Marineattachés in Stockholm, Tokio und Moskau ernannt werden.



Deutschlands Militärattaché in Paris soll der Chef des Stabes vom Gruppenkommando 2 in Kassel, Generalmajor Kuehlenthal (links), werden. Zum Marineattaché in London ist der bisherige Kommandant des Kreuzers „Karlsruhe", Kapitän Waßner (rechts), ausersehen.

Frankreich und die deutschen Militärattachés.

Der Versailler Vertrag kein Hindernis.

Im Gegensatz zu der von gewissen französischen Blättern vertretenen Auffassung, daß die Entsendung deutscher Militärattachés in die Hauptstädte europäischer Länder mit dem Vertrag von Versailles angeblich im Widerspruch stände, wird an zuständiger französischer Stelle erklärt, daß nach dem Versailler Vertrag eine Entsendung von deutschen Militärattachés wohl möglich sei.

Konflikt Reichsregierung – Landbund.

Die Notgemeinschaft des deutschen Landvolkes.

Eine neue Entschließung des Reichslandbundes.

Der Bundesvorstand des Reichslandbundes hat folgende Entschließung zur Lage angenommen: „Die Verelendung der deutschen Landwirtschaft, insbesondere der bäuerlichen Veredelungswirtschaft, hat unter Duldung der derzeitigen Regierung ein selbst unter einer rein marxistischen Regierung nicht für möglich gehaltenes Ausmaß angenommen. Die Ausplünderung der Landwirtschaft zugunsten der allmächtigen Geldbeuteinteressen der international eingestellten Exportindustrie und ihrer Trabanten dauert an.

Die Notgemeinschaft des deutschen Landvolkes steht zum Äußersten bereit. Die Führung des Reichslandbundes fordert von jedem einzelnen den letzten Einsatz in dem dem gesamten Berufsstand aufgezwungenen Kampf um die nackte Existenz!"

Bruch zwischen Reichsregierung und Reichslandbund.

Der Vorstand des Reichslandbundes bei Hindenburg.

Amtlich wird mitgeteilt: Nachdem in letzter Zeit in mehreren Besprechungen zwischen Mitgliedern des Präsidiums des Reichslandbundes und dem Reichskanzler eine weitgehende Einigung über die für die Landwirtschaft notwendigen Maßnahmen erzielt worden war, wurde der Vorstand des Reichslandbundes von Herrn Reichspräsidenten im Beisein des Reichskanzlers und der Reichsminister Warmbold und Frhrn. von Baron empfangen.

Die Vertreter des Reichslandbundes trugen ihre ernsten Sorgen über die Lage der Landwirtschaft und ihre Auffassung über die zu ergreifenden Abhilfemaßregeln vor. In der Aussprache ergab sich, daß durch die bereits getroffenen und noch beabsichtigten Maßnahmen der Reichsregierung den Wünschen der Abordnung schon soweit wie irgend möglich Rechnung getragen worden war. Nach der Sitzung wurde bekannt, daß der Vorstand des Reichslandbundes bereits vorher eine Entschließung gefaßt und der Presse übergeben hatte, die in demagogischer Form sachlich unbegründete Angriffe gegen die Reichsregierung enthielt. Die Entschließung ist weder dem Herrn Reichspräsidenten noch der Reichsregierung vor der Besprechung bekanntgegeben worden. Wäre dies der Fall gewesen, so würde der Herr Reichspräsident von einem Empfang des Reichslandbundes abgesehen haben.

Die Reichsregierung wird sich durch diese illoyale Handlungsweise des Vorstandes des Reichslandbundes davon nicht abbringen lassen, alles sachlich mögliche für die Landwirtschaft zu tun. Sie sieht sich jedoch gezwungen, von jetzt an Verhandlungen mit Mitgliedern des Vorstandes des Reichslandbundes abzulehnen.

*

Reichslandbund will antworten.

Wie verlautet, wird das Präsidium des Reichslandbundes zu der amtlichen Mitteilung der Reichsregierung über den Abbruch der Beziehungen zum Reichslandbund alsbald Stellung nehmen.

*

Was die Presse sagt.

Berlin, 12. Jan. Ueber den Konflikt zwischen Reichsregierung und Reichslandbund und den Empfang des Präsidiums des Reichslandbundes beim Reichspräsidenten erfahren Berliner Blätter noch verschiedene Einzelheiten. Der Lokalanzeiger weist darauf hin, daß der Konflikt natürlich eine sehr große politische Bedeutung bei den kommenden Verhandlungen über die Einberufung des Reichstages und die Einstellung der einzelnen Fraktionen zum Reichskabinett haben werde. Der Lokalanzeiger weiß weiter zu berichten, daß der Reichspräsident über den Inhalt der amtlichen Erklärung gegen den Reichslandbund vorher unterrichtet worden sei; er habe ihn gebilligt. — Der Tag erfährt, daß sich das Reichskabinett bereits heute (Donnerstag) mit weiteren Hilfsaktionen für die Landwirtschaft befassen werde, wobei es sich um Zinssenkung oder Stundungsmaßnahmen handeln soll. In der Besprechung mit den Landbundführern habe die Reichsregierung die Ansicht vertreten, daß zur Zeit eine autonome Zollregelung noch nicht möglich sei. — Die Vossische Zeitung erfährt, daß der Empfang über eine Stunde gedauert habe. Es seien auch die nächsten Maßnahmen der Reichsregierung dargestellt worden, u. a. daß man auf dem Gebiet finanzieller Maßnahmen zugunsten der Landwirtschaft, wobei wohl in erster Linie die Zinsfrage in Betracht komme, beschleunigt vorgehen wolle. Am Schluß der Unterredung habe beim Reichspräsidenten und den Mitgliedern des Reichskabinetts der Eindruck bestanden, daß man zu einer Ueberbrückung der Meinungsverschiedenheiten gekommen sei, und daß die in Gang befindliche Agrarpolitik von den Vertretern des Reichslandbundes anerkannt werde. Der Abschluß der Unterredung habe deshalb in durchaus freundschaftlicher Form stattgefunden. — Die D.A.Z. schreibt, sachlich werde die Reichsregierung gezwungen sein, jetzt die Zweckmäßigkeit des bisherigen Kurses zu überprüfen; vor allem an dem Beispiel der Margarineverordnung, die einen wichtigen Gegenstand der Aussprache bil-

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF